

## Anträge der SPD-Fraktion Mitte zur 43. BVV im März 2011

### 1. In der Mobilität eingeschränkte Menschen unterstützen – „Netzwerk Winter“ einrichten!

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, bis zum 31.08.2011 ein Konzept für ein „Netzwerk Winter“ zu entwickeln mit dem Ziel, in der Mobilität eingeschränkte Menschen im Falle extremer Wetterlagen im Winter mit Eis und Schnee zu unterstützen. Hierzu soll durch Federführung des für den Winterdienst zuständigen Ordnungsamtes gemeinsam mit den im Bezirk aktiven Wohlfahrtsverbänden, den Seniorenvertreter/innen, weiteren Ehrenamtlichen, dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Kinder- und Jugendparlament Möglichkeiten der Vernetzung ausgelotet und mögliche Maßnahmen aus ehrenamtlicher Arbeit und nachbarschaftlichem Engagement in einem Katalog gebündelt werden. Gleichzeitig ist darzulegen, auf welche Weise möglichst viele der betroffenen Menschen über das „Netzwerk Winter“ erreicht werden können (Marketingstrategien/ Öffentlichkeitsarbeit/Spendenkonto). Weiterhin ist zu prüfen, ob das Bezirksamt kostenneutral oder unter geringfügigem Kosteneinsatz die Voraussetzungen für eine telefonische „Winterhotline“ schaffen kann, über die die Winterhilfe abrufbar ist. Anzustreben ist, dass das „Netzwerk Winter“ ab dem 01.11.2011 auf den nächsten Winter vorbereitet ist.

#### Begründung:

Die extremen Wetterverhältnisse der letzten Winter haben gezeigt, dass eine Nutzung des öffentlichen Straßenlandes zur Erledigung der alltäglichen Geschäfte schwierig ist. Private Eigentümer und besonders die öffentliche Hand kamen ihrer gesetzlichen Pflicht des Winterdienstes nicht zur Genüge nach bzw. konnten dieser mangels Streugut nicht ausreichend nachkommen. Speziell für ältere oder in der Mobilität eingeschränkte Menschen ist z. B. der notwendige Besuch beim Arzt zum unüberwindbaren Hindernis geworden, auch die Bewältigung des Alltages u. a. Einkäufe war erheblich erschwert. Wer niemanden im privaten Umfeld oder aus der Nachbarschaft hat, der hier unterstützend tätig wird, kann die Wohnung nicht verlassen und nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Ein „Netzwerk Winter“ kann auf lokaler Ebene helfen, Interesse am bürgerschaftlichen Engagement zu wecken, Kontakte zu knüpfen, Hilfestellungen zu geben, Menschen zueinander zu bringen, Generationen zusammenzuführen – kurz gesagt, den ganz persönlichen Alltag für beide Seiten ein Stück lebenswerter zu machen. Und was sich unter winterlichen Bedingungen bewähren darf, das kann womöglich auch im Sommer weiter strahlen.

Berlin-Mitte, den 07.03.2011

Für die SPD-Fraktion  
Mahr Matischok

**2. Verlängerung U-Bahnlinie 3 bis Magdeburger Platz**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der BVG dafür einzusetzen, dass die U-Bahnlinie 3 unter Nutzung der vorhandenen Gleise bis zum Magdeburger Platz verlängert wird und ein behindertengerechter Zugang gebaut wird .

**Begründung:**

Tiergarten-Süd ist an den ÖPNV äußerst schlecht angeschlossen. Die Gleise sind vom Nollendorfplatz zum Magdeburger Platz vorhanden.

Berlin-Mitte, den 07.03.2011

Für die SPD-Fraktion  
Mahr Fried

---

**3. Geschichte und Zukunft: Marion-Gräfin-Dönhoff-Platz**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für eine Qualifizierung des Marion-Gräfin-Dönhoff-Platzes aus Mitteln des Plätzeprogramms einzusetzen.

**Begründung:**

Am 25. März 2011 erfolgt die Benennung des Platzes nach Marion Gräfin Dönhoff. Die Bedeutung des Platzes für die Geschichte und die städtebauliche Entwicklung Berlins wird allein schon dadurch deutlich, dass der feierliche Akt durch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker vollzogen wird.

Die derzeitige Gestaltung des Marion-Gräfin-Dönhoff-Platzes befindet sich in einem starken Gegensatz zu dessen Bedeutung. Nachdem der Bezirk bereits die Reinigung und Beleuchtung der Spittelkolonnaden veranlasst hat, sollte der Senat für weitere Maßnahmen in die Pflicht genommen werden.

Berlin-Mitte, den 07.03.2011

Für die SPD-Fraktion  
Mahr Koch

---

#### **4. Entwicklung mit und für die Bewohner – Quartier Lehrter Straße vor Verdrängung schützen**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, für das Wohngebiet um die Lehrter Straße und Kruppstraße im Ortsteil Moabit den Erlass einer Satzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB (Milieuschutz) und nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB (Umwandlungsverordnung) zu prüfen.

Nach positiver Prüfung soll ein Aufstellungsbeschluss nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB bis zum 15. Juni 2011 erfolgen. Das Bezirksamt wird ebenfalls ersucht, sich nach Festsetzung des Milieuschutzgebietes gegenüber dem Senat von Berlin für den Erlass einer Umwandlungsverordnung einzusetzen, soweit die Prüfung einen erheblichen Umwandlungsdruck erkennen lässt.

##### **Begründung:**

Das Quartier Lehrter Straße ist durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Hauptbahnhof und zur Europacity einen zunehmenden Aufwertungsdruck ausgesetzt. Verstärkt sind Grundstücksverkäufe zu beobachten. In den nächsten Jahren fallen Wohnungen, die nach den Mod-Inst-Richtlinien 90 und 95 gefördert wurden, aus der Bindung heraus. Ziel des Antrags ist es, die erfolgreiche Tradition des Stadtumbaus West, die Entwicklung des Quartiers mit und für die ansässige Bevölkerung zu ermöglichen, fortzusetzen. Die Bewohner sollen vor Aufwertungsmodernisierungen und Verdrängung geschützt werden.

Nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB ist die Landesregierung ermächtigt, für die Grundstücke in Gebieten einer Milieuschutzsatzung im Sinne von § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB durch Rechtsverordnung die Begründung von Sondereigentum mit einer Geltungsdauer von höchstens fünf Jahren auszuschließen. Für den Erlass einer Umwandlungsverordnung wird das Bezirksamt daher ersucht, nach Prüfung substantiiert an den Senat von Berlin heranzutreten.

Berlin-Mitte, den 07.03.2011

Für die SPD-Fraktion  
Mahr Koch

---

**Dringlichkeitsanfrage der SPD-Fraktion Mitte zur 43. BVV  
im März 2011**

**1. Zukunft des Erweiterungsbaus für das Hallenbad „Poststadion“**

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie ist der Sachstand zur Realisierung des Erweiterungsbaus?
2. Wie schätzt das Bezirksamt die Wirtschaftlichkeit dieses Projekts ein?
3. Ist es zutreffend, dass Mittel aus dem Fonds „Stadtumbau West“ für den Erweiterungsbau nur noch bis Ende April 2011 zu Verfügung stehen?
4. Sieht das Bezirksamt Möglichkeiten, für diese Mittel noch eine Fristverlängerung zu erreichen?

Berlin-Mitte, den 14.03.2011

Für die SPD-Fraktion  
Mahr Koch

---